



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

### **Kostenkalkulation der Hinterlandanbindungen einer geplanten festen Fehmarnbelt-Querung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der DB netz AG eine aktuelle Kostenkalkulation für die Hinterlandanbindungen für Schiene und Straße einer geplanten festen Fehmarnbelt-Querung bis zum 1.9.2009 zu erstellen und dem Landtag vorzulegen. Dabei ist bei der Trassenführung zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung in den Kurorten nicht übermäßig belastet wird.
2. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf im Bundesrat dem Staatsvertrag zur Fehmarnbelt-Querung nicht zuzustimmen bevor die aktuelle Kostenkalkulation vorliegt. Sollte die Abstimmung stattfinden bevor die Kostenkalkulation vorliegt, wird die Landesregierung aufgefordert, sich für eine Vertagung der Entscheidung einzusetzen und falls das nicht möglich ist gegen den Staatsvertrag zu stimmen.

**Begründung:**

Die öffentliche Anhörung am 6. Mai 2009 des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Bundestages zu dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. September 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über eine Feste Fehmarnbeltquerung hat die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und den bisherigen Kostenschätzungen des Projektes verstärkt.

In seinem Bericht vom 30. April 2009 nach § 88 Abs. 2 BHO zur festen Verbindung über den Fehmarnbelt mit Hinterlandanbindung hat der Bundesrechnungshof auf den Seiten 21 und 22 festgestellt: „Der Bundesrechnungshof hält abschließend daran fest, dass eine transparente aktuelle Information des Parlamentes über die aus jetziger Sicht zu erwartenden finanziellen Belastungen geboten ist. Auf Grundlage der Studie aus dem Jahr 2006 mit Preisstand 2002 geht der Bundesrechnungshof für die Schienenhinterlandanbindung bis Hamburg von 1.092 Mio. Euro aus. Unter Einrechnung der vom Bundesministerium selbst erwarteten Kostensteigerung von mindestens 60% ergeben sich Projektkosten von rund 1,7 Mrd. Euro“.

Hinzu kommen die Kosten des Straßenbaus. Wir können davon ausgehen, dass die bisher vom Bundesverkehrsministerium genannten Gesamtkosten der Hinterlandanbindungen von 840 Mio. Euro (Preisstand 2003) nicht zuhalten sind und sich eher auf 2 Mrd. Euro belaufen werden. Da der Bund keine zusätzlichen Mittel für dies Projekt einsetzt müssen die Gesamtkosten der Hinterlandanbindung aus dem Landesplanfonds von Schleswig-Holstein des Bundesverkehrswegeplans finanziert werden. Damit geraten alle weiteren Verkehrsprojekte des BVWP in Schleswig-Holstein in große Finanzierungsnot.

Der Landtag von Schleswig-Holstein muss diese Risiken kennen, deshalb ist eine aktuelle Kostenkalkulation unabdingbar im Namen der Wahrheit und Klarheit von Haushaltszahlen.

Karl-Martin Hentschel und Fraktion